

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 915 20-12

Inhalt

Gerd Greune zur
Glaubwürdigkeit deut-
scher Außenpolitik:
Verdrossenheit ist
schlimmer als Zorn.

Seite 1

Hans Koschnick MdB
zu den Aussichten is-
raelischer Politik nach
den Knesseth-Wahlen:
Friedenslösungen
brauchen eine breite
Mehrheit.

Seite 3

Universitätsprofessor
Dr. jur. Erich Küchen-
hoff zu falschen Gleichungen
kirchlicher
Würdenträger: Aufwie-
gelung von Gläubigen.

Seite 5

Sigmar Mosdorf MdB
zum 65. Geburtstag
von O. H. Hajek: Kunst
und Alltag.

Seite 6

47. Jahrgang / 119

25. Juni 1992

Verdrossenheit ist schlimmer als Zorn Zur Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik

Von Gerd Greune

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich
und Sicherheit (IFIAS)

Die Verdrossenheit in der Gesellschaft gegenüber der Politik im allgemeinen und den Parteien im Besonderen wird allenthalben beklagt. Das Unbehagen über die Unzulänglichkeiten politischer Entscheidungen in Vollzug der Deutschen Einheit überträgt sich inzwischen auch auf den europäischen Einigungsprozeß. Die Unfähigkeit, im Rahmen einer europäischen Friedenspolitik Antworten auf die blutigen Krisen in Südost- und Osteuropa zu finden, tragen zum Vertrauensschwund bei. Während die Einheit Deutschlands als Beitrag zur Einheit Europas beschworen wurde, mehren sich die Befürchtungen, daß deutsche Außenpolitik - gewollt oder ungewollt - die politische, wirtschaftliche und militärische Konkurrenz zwischen den wichtigsten europäischen Industriestaaten neu belebt.

Statt den Weg für eine umfassende Abrüstung in Europa zu ebnen, wird nicht zuletzt in Bonn um neue Waffensysteme gefeilscht, wird die jahrelang angekündigte Friedensdividende auf die lange Bank geschoben, werden aus der Bundesrepublik mehr Waffen in alle Welt exportiert als je zuvor. Laut SIPRI nimmt die Bundesrepublik seit dem Ende des Kalten Krieges den dritten Platz in der Weltrangliste der Waffenexporteure ein. In den blutigen Konflikten im Mittleren Osten und auf dem Balkan kommen die Waffen der aufgelösten Nationalen Volksarmee der DDR in großem Stil zum Einsatz.

Gleichzeitig wird mit fragwürdigen Entscheidungen über die Entsendung von Bundeswehrsoldaten in verschiedene Krisengebiete der Welt der Eindruck verstärkt, als künftigen die Verfassungsorgane, um neue Fakten zu schaffen. Der generelle Grundkonsens über die friedensstiftende Rolle der deutschen Außenpolitik, der die Zeit der Ost-West-Entspannung kennzeichnete, zerbröckelt. Mangelnde Führungsfähigkeit nach innen und fehlende Klarheit über die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven im neuen Deutschland werden jetzt ergänzt durch Streitigkeiten innerhalb der Parteien über den zukünftigen Kurs der Außen- und Sicherheitspolitik.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umweltschutz
mit wertvollem Recycling-Papier



Während Verteidigungsminister Röhe nach außen einen strikten Sparkurs proklamiert, ereifern sich die Außenpolitiker in den Fraktionen über mögliche neue Aufgaben der Bundeswehr und über die neue "Verantwortung der Deutschen" in der Welt. Während sein Vorgänger Stoltenberg scheinbar über eine illegale Waffenlieferung an die Türkei stolpert, werden kurz nach seinem Rücktritt die auf Eis gelegten Mittel für die Militärhilfe an den NATO-Partner wieder freigegeben, als sei nichts geschehen. Dies alles trägt nicht zum Vertrauen und zur Überwindung der Verdrossenheit bei.

Hans-Jochen Vogel sieht die Gründe für diese Verdrossenheit vor allem darin, daß Parteien und ihren Repräsentanten nicht mehr geglaubt wird. "Die Menschen glauben nicht mehr, daß in der Politik Reden und Handeln übereinstimmen. Daß die Politiker selber das tun, was sie von anderen fordern. Sie meinen, mit der Wahrheit, aber auch mit den Institutionen werde Schindluder getrieben." Das gilt auch für die internationale Politik.

Warum, so muß man sich fragen, gelingt es trotz verschärfter Kontrolle nicht, die Waffen der ehemaligen Nationalen Volksarmee zu vernichten, statt das Risiko in Kauf zu nehmen, daß sie in den neuen Krisengebieten der Erde zum Einsatz kommen? Warum gelingt es nicht, das parteiübergreifende Einvernehmen bei der Beschränkung von Rüstungsexporten ohne Wenn und Aber durchzusetzen?

Führt nicht zur Verdrossenheit, wenn vom Bundeskanzleramt aus verdeckte Waffenlieferungen zu welchem Zweck auch immer in Ausfuhrpapieren als landwirtschaftliches Gerät deklariert werden? Und muß nicht die Öffentlichkeit und müssen sich nicht auch die Soldaten manipuliert fühlen, wenn auf der einen Seite der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr im Grundgesetz beschworen und auf der anderen Seite Grauzonen neuer Einsatzmöglichkeiten ohne Not und ohne gesetzliche Absicherung betreten werden?

Wie steht es um die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik im Balkankonflikt, wenn auf der einen Seite nach etlichem Hin und Her gegenüber der serbischen Aggression die Muskeln gezeigt und großspurige Ankündigung über wirksame Maßnahmen gegenüber der Regierung in Belgrad angekündigt werden, während gleichzeitig jeder sehen kann, daß alle bisherigen Versuche zur politischen Beilegung dieses Konfliktes scheitern und der Krieg an Zerstörungskraft zunimmt? Wie steht es um die moralische Glaubwürdigkeit in unserem Land, daß Flüchtlingen aus dem Blutbad in Bosnien-Herzegowina die Grenzen verschlossen bleiben, weil man ihnen ein Visum abverlangt, das zu beantragen sie keine Chance haben?

Die Unterstützung der Vereinten Nationen, Maßnahmen zu ergreifen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens in der Welt findet mit Sicherheit ungeteilte Zustimmung in der Öffentlichkeit. Doch Mißtrauen macht sich breit, wenn daraus lediglich ein innenpolitischer Streit über die neuen Aufgaben der deutschen Streitkräfte entsteht. Es war kein Zufall, daß die Diskussion über den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der Vereinten Nationen während des Golfkrieges entstand. Der Widerspruch gegen eine Beteiligung von Deutschen an einem weltweiten Kriegseinsatz war überdeutlich. Heute bedauern zahlreiche Außenpolitiker die Tatsache, daß die Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfeinsätzen außerhalb der NATO innenpolitisch nicht durchsetzbar ist. Ihre Schlußfolgerung: Die öffentliche Meinung in den kommenden Jahren so zu beeinflussen, daß der Widerstand gegen derartige Einsätze überwunden werden kann.

Das Gefühl, manipuliert zu werden

Politik ist aber keine Erziehungs- oder Manipulationsinstitution, sondern muß demokratisch glaubwürdig bleiben. Das Gefühl manipuliert zu werden, nicht ernst genommen zu werden, löst in der Bevölkerung Unmut und Verdrossenheit aus.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu weitreichenden Abrüstungsschritten verpflichtet und das schließt auch einen massiven Abbau der Streitkräfte ein. Große Hoffnungen verbinden sich mit der Institutionalisierung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und mit den vereinbarten Mechanismen zur Krisenbewältigung in Europa. Jeder weiß, daß die Ursachen der jetzt aufflammenden Krisen nicht militärisch gelöst werden können, sondern die demokratische Partizipation der Völker, die nach Jahren der Unterdrückung ihre

Selbstbestimmung erhalten haben, voraussetzt. Nationalistischer Chauvinismus ist nicht im Krieg zu besiegen. Vorrang vor allen militärischen Planspielen hat deshalb der zügige Aufbau der Instrumente zur Kriegsverhütung einschließlich der Präsenz politischer Institutionen in den Krisengebieten selbst. Das Vertrauen in die Politik und die Politiker hängt im wesentlichen Maße auch davon ab, ob sie bereit sind, selber etwas für die friedliche Konfliktregelung zu tun, statt ständig damit zu liebäugeln, an ihrer Stelle bewaffnete Soldaten einzusetzen. In vielfältiger Weise lassen sich politische Maßnahmen zur Krisenbewältigung vorstellen: Massive wirtschaftliche und humanitäre Hilfe, wirksame Waffenembargos, politische Bekämpfung von Feindbildern und Haß, Unterstützung beim Aufbau politischer Institutionen zur inneren Demokratisierung, das heißt auch Unterstützung der zivilen Oppositionen in den Krisenregionen.

Wenn mit dem "Blauhelme-Beschluß" der SPD-Bundestagsfraktion Maßnahmen eingeleitet werden sollen, die Teile der Bundeswehr aus den bisherigen Strukturen der Streitkräfte löst und ihnen im eigentlichen Wortsinne zivile Aufgaben dieser politischen Art zuzuweisen, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Mißtrauen allerdings löst aus, daß im Verteidigungsministerium bereits andere Planspiele durchgerechnet wurden, Defizite der Außenpolitik durch militärische Maßnahmen ausgebügelt werden sollen und langfristig die Öffentlichkeit daran gewöhnt werden soll, daß deutsche Soldaten im Verbund mit den europäischen Nachbarn in aller Welt für Recht und Ordnung sorgen.

"Erst liefern wir die Waffen" so Vertreter der Protestbewegung gegen den Golfkrieg im Frühjahr 1991, "dann entsenden wir unsere Truppen, um die Waffenpotentiale wieder zu zerstören". Dies könnte die fatale Logik der gegenwärtigen Entwicklung sein.

Verdrossenheit ist schlimmer als Zorn. Das Fatale an der gegenwärtigen innenpolitischen Situation ist, daß vor allem junge Menschen sich von den Institutionen der Politik abwenden, statt sich aktiv einzumischen. Die Jugendlichen, die zu Hunderttausenden während des Golfkrieges auf den Straßen demonstrierten, interessieren sich nicht für politische Organisationen und schon gar nicht für parteipolitische Interessen. Viele von ihnen streiten nicht mit den Parteien, sondern halten sie schlichtweg für indiskutabel. Wie groß das Potential von Kritikern der gesellschaftlichen Institutionen in unserem Land ist, hat jüngst der Katholikentag in Karlsruhe gezeigt. Fast drei Viertel der Teilnehmer, die sich an den inhaltlichen Debatten beteiligten, waren jünger als 30 Jahre. Viele von ihnen suchen Mitwirkungsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft ohne Pathos und ohne hierarchische Gängelei. Sie wollen, daß die Lehren der deutschen Geschichte wirklich gezogen werden: Nicht über Waffen und Soldaten und ihre Finanzierbarkeit ist zu streiten, sondern Solidarität und Ehrlichkeit zu praktizieren um Wege aus der Gefahr aufzuzeigen. Sie engagieren sich für Gerechtigkeit gegenüber der "Dritten Welt" und für die Bewahrung unserer Umwelt. Hier muß die Politik mehr Angebote zur Mitwirkung schaffen, denn dieses Engagement ist zu wichtig, als daß man es schlichtweg wegmanipulieren darf.

Für Sozialdemokraten heißt dies: Wir müssen an den politischen Grundwerten von Bürgerbeteiligungen, der Wahrung von Menschenrechte, an der Friedenspolitik und sozialen Gerechtigkeit ohne Zweifel und Einschränkung festhalten. Die Bereitschaft, dafür persönliche Opfer zu bringen, dürfen wir nicht nur von Mitbürgern einfordern, sondern sollten sie auch selbst erbringen.

(-/25. Juni 1992/rs/ks)

Friedenslösungen brauchen eine breite Mehrheit **Zu den Aussichten Israelischer Politik nach den Knesseth-Wahlen**

Von Hans Koschnick MdB
Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Der Ausgang der Knesseth-Wahlen in Israel hat zur Überraschung vieler als eingeweiht geltender Beobachter der politischen Szene im Nahen Osten zu einer ungemein großen Verschiebung der politischen Stärkeverhältnisse geführt.

Konnten in den letzten zehn Jahren das bürgerlich-nationale sowie das nationalistische Lager im Zusammenspiel mit mehr oder weniger stark orthodoxen Partnern das politische Geschehen in Israel maßgeblich bestimmen, so haben die Wahlen vom Dienstag eine andere Machtkonstellation eingeläutet. Die Mitte-Links-Opposition von Arbeitspartei, Meretz und linksarabischen Gruppierungen hat mehr als 50 Prozent der Sitze gewonnen und kann jetzt das Ruder herumreißen, jedenfalls was die sozialen und ökonomischen Bedingungen in der israelischen Gesellschaft anbelangt. Schwieriger ist und bleibt es aber, eine Basis zu finden, die eine Verständigungslösung mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn Israels hinreichend absichert. Eine solche, auf dauerhaften Frieden zielende Regelung verlangt nämlich eine größere Unterstützung in der Bevölkerung, als sie eine knappe Mehrheit gewährleisten kann.

Wir Deutschen haben da unsere geschichtliche Erfahrung. Die "Weimarer Koalition" aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten zerbrach bekanntlich wegen ihrer Bereitschaft, ein neues Miteinander in Europa zu versuchen und einen Friedensvertrag hinzunehmen, der nicht mehr war als eine Abrechnung der Siegermächte des Ersten Weltkrieges mit dem wilhelminischen Deutschland. Unter nationalistisch-populistischen Dauerbeschuß genommen zerfaserte sie letzten Endes, verlor sie die Kraft, dem nationalistischen Ansturm zu widerstehen. Und da diese Erfahrung nicht nur in Deutschland gemacht wurde, sondern auch in Ungarn und Österreich - Friedenslösungen brauchen eine breite Mehrheit im Volk, sollen sie tragfähig sein! -, stehen jetzt die Wahlsieger in Israel vor der Frage, mit wem aus der bisherigen Regierungsgruppierung sie ihre knappe Mehrheit ausbauen können, ohne die originären Bundesgenossen, die Meretz, zu verletzen.

Meretz, die linkszionistische Sammlungsbewegung von Mapam, Ratz und Shinui, als Vertretung von Linkssozialisten, Bürgerrechtlern und Linksliberalen war und ist für die Entwicklung Israels von besonderer Bedeutung. Als Gruppierung mit integren Persönlichkeiten, ähnlich der zum rechtsbürgerlichen Lager zählenden Formation der Tsomet, war sie die große Unbekannte im Wahlkampf. Vor allem junge Wähler scheinen sich neben den schon längst in der Peace-Now-Bewegung Engagierten für Meretz ausgesprochen zu haben. Sie haben - wie auch die Wähler von Tsomet - damit zugleich ein Zeichen innerstaatlicher Reformbereitschaft gesetzt und stehen für Veränderungen im laizistischen Sinne. Das Ergebnis von Meretz: Zwölf Sitze statt bisher zehn und von Tsomet: sieben Sitze statt bisher zwei sprechen für diese Vermutung.

Die israelischen Stammwähler konnten das Lager der israelischen Arbeitspartei mobilisieren, schwankende Wähler, Wechselwähler wurden vom Likud zur Arbeitspartei herübergezogen. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit waren das sephardische Wähler. Doch auch Wähler aus dem Kreis der Neueinwanderer aus der früheren Sowjetunion haben hier ein besonderes Gewicht. Jedenfalls ist der Anstieg von 38 beziehungsweise 39 Mandaten auf 45 Sitze schwerlich anders zu erklären.

Gewiß haben dabei das Ansehen von Itzhak Rabin und die besondere Form der neuen Kandidatenfestlegung durch Urwahl in den Organisationseinheiten, also die Beteiligung aller Mitglieder am Ausleseprozeß, eine nicht unwesentliche Rolle beim Wahlausgang gespielt; doch zum positiven Ausgang müssen auch die Neuzuwanderer beigetragen haben, die von den genannten Voraussetzungen kaum berührt waren!

Der Likud-Block mit seinen vor den Wahlen offenkundig gewordenen inneren Schwierigkeiten, in Sonderheit bei den sephardischen Mitgliedern und ihrem Sprecher Levi, fiel von vierzig Mandaten im Jahre 1988 auf insgesamt 32 Mandate zurück. Die übrigen rechten Parteien (unter Einbeziehung von Tsomet) kamen auf neun Mandate und verstärkten sich um zwei Sitze - zu wenig, um jetzt gestaltenden Einfluß ausüben zu können.

Die religiösen Gruppierungen verloren von den 1988 noch neunzehn Sitzen zwei und stehen jetzt vor der Frage, ob sie um der innenpolitischen Besitzstandswahrung willen mit ihren 17 Abgeordneten ganz oder teilweise Weg einer auf Ausgleich bedachten Friedenslösung mitgehen sollen.

Auffallend ist, daß auch diesmal ein großer Teil der arabischen Wähler zu Hause geblieben ist, sich also der Wahlentscheidung verweigerte. Gewiß nicht aus politischer Uninteressiertheit,

sondern weil die Wirkungen der Intifada, der Appell zur zivilen Resistance und die im Wahlkampf (mit Ausnahme der Position von Meretz) nicht eindeutigen Aussagen über eine mögliche auch palästinensische Interessen berücksichtigende Politik Israels nicht gerade zur Beteiligung an der Abstimmung einladen. Statt der möglichen 13 Sitze für 400.000 der 3.400.000 Bürger Israels führte ihre Stimmabgabe nur zu fünf Sitzen für arabische Parteien und einen Sitz auf der Liste der Arbeitspartei. Gleichwohl scheint aber festzustehen, daß die arabischen Abgeordneten für eine Likud-Koalition nicht zur Verfügung stehen.

Insofern gibt es keine Regierungsbildung gegen beziehungsweise ohne die Arbeitspartei. Rabin wird der künftigen Regierung Konturen verleihen. Doch welche Konturen wird die Politik der Arbeitspartei aufweisen? Keineswegs ein "Nur weiter so", auch keinen Versuch, über die Köpfe der Palästinenser hinweg eine Verständigungslösung im Sinne von "Oktroyieren" zu erzwingen. Nein, ich bin davon überzeugt, daß Izchak Rabin versuchen wird, über Autonomieregelungen einer nichtmilitarisierten palästinensischen Region mit durch Wahlen autorisierten Vertretern der Westbank und des Gaza-Streifens, also der besetzten Gebiete, konkret und ergebnisorientiert zu sprechen. Dabei hoffe ich, daß mit einem Stop der Siedlungsbewegung in den besetzten Gebieten eine zusätzliche Chance für die Unterstützung durch die USA und des EG-Europa verstärkt wird. Israels Bürger und die betroffenen Menschen am Jordan oder im alten Palästerland (Gaza) haben es bitter nötig.

(-/25. Juni 1992/rs/ks)

Aufwiegelung von Gläubigen **Zu falschen Gleichungen kirchlicher Würdenträger**

Von Universitätsprofessor Dr. jur. Erich Küchenhoff
Mitglied des SPD-Parteirats und des ASJ-Bundesvorstandes

Im Vorfeld der heutigen Bundestagsdebatte über die innerdeutsche Rechtsvereinheitlichung im Bereich der Strafrechtstatbestände um den Schwangerschaftsabbruch hat vor allem die katholische Amtskirche wieder mit den demagogisch falschen Gleichungen operiert, mit denen sie schon gegen den ersten Versuch einer strafrechtlichen Fristenregelung zu Beginn der sozialliberalen Koalition in Erscheinung getreten ist.

So veranstaltete sie am Karfreitag 1973 auf dem Domplatz zu Münster einen "Bußgottesdienst", während dessen die katholische Landjugend unter und vor den Augen des auch innerkirchlich mächtigen Diözesanbischofs Heinrich Tenhumberg Transparente mit der Aufschrift zeigte: "Fristenregelung = 2. Auschwitz". Darauf von mir angesprochen und auf den prinzipiellen und fundamentalen Unterschied zwischen einer Milderung des Strafrechts und dem staatlich geplanten, staatlich organisierten, staatlich befohlenen Massenmord hingewiesen, leugnete Tenhumberg zunächst, diese Transparente überhaupt gesehen zu haben, wurde aber von Zeitungsfotos, die ihn mit Blick zu den Transparenten zeigten, der Unwahrheit überführt.

Solche Skrupel haben sein amtierender Nachfolger, Bischof Lettmann, die Kardinäle von Köln und Fulda, Kardinalprimas Lehmann und andere Kirchenfürsten heute offensichtlich nicht. So begründete Lettmann sein, die Festrednerin des Jubiläums seiner eigenen Erwachsenenbildungsstätte, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, diskriminierendes provokatives Fernbleiben von der Veranstaltung mit der Tradition des mutigen Eintretens seines Vorgängers während des Dritten Reiches, Clemens August Graf von Galen, gegen die Vernichtungsaktionen in den Heilanstalten.

Nach seiner und der Meinung anderer Amtskirkensprecher droht also heute im Bundestag ein neues Auschwitz und Hadamar! So hochrangige Sprecher der so stark verrechtlichten katholischen Amtskirche müssen es genau wissen, was sie tun: daß sie das gläubige Volk mit einer extrem falschen Gleichung aufwiegeln. Dieses demagogische Kampfmittel niedriger zu hängen, sollten sich die Verfechter politischen Anstandes zur vornehmsten Aufgabe machen. Auch heute im Bundestag.

(-/25. Juni 1992/rs/ks)

Kunst und Alltag
Zum 65. Geburtstag von O. H. Hajek

Von Slegmar Mosdorf MdB

Von Karl Kraus stammt der Satz: "Künstler ist nur einer, der aus der Lösung ein Rätsel machen kann". Dieser kategorische Imperativ enthält zwei leise Annahmen: Endgültige Lösungen gibt es nicht, weil die Wirklichkeit ein dauerhafter dynamischer Prozeß auf der Suche nach neuen Lösungen ist. Und: Wenn man nicht jede Wirklichkeit mit einem Fragezeichen versehen kann, wenn einem die Wirklichkeit keine Rätsel mehr aufgibt, dann hört man auf zu denken.

Otto Herbert Hajek, der am 27. Juni 65 Jahre wird, gehört zu den wenigen Künstlern, über deren Werk man sagen kann: Es hat die Wirklichkeit verändert, es hat mit seiner Vitalität den oft grauen Alltag aufgebrochen und damit im Kopf und im Bauch der Menschen vieles überhaupt erst ausgelöst.

Das Besondere an Hajek ist, daß er mit seiner bildnerischen Phantasie in den Alltag eindringt - und zwar als willkommener Eindringling.

Das spüren die Studenten und Professoren der Universität Saarbrücken, die inmitten Hajek-scher Bau-Kunst leben und arbeiten können. Das sehen tagaus, tagein die Bürger der südaustralischen Metropole Adelaide, deren Hauptplatz Hajek in den 70er Jahren mit den leuchtenden Farben Rot, Blau, Gelb und Weiß und mit plastischer Bearbeitung von Flächen, Stufen und Wasserläufen gestaltet hat. Das atmet die Kirchengemeinde St. Johannes in Nürtingen, die dem böhmischen Katholiken Hajek eine Raumartikulation und ein Bodenbild verdankt. Und das genießen die Besucher des Mineralbades Leuze in Stuttgart, dessen künstlerische Gestaltung bei Otto Herbert Hajek lag.

Dem Maler und Bildhauer Hajek begegnet man mit seinen Plastiken, die er selber gern als "Raumknoten" bezeichnet, inzwischen auf der ganzen Welt: in Florenz und Moskau, in Paris und Prag, in New York und Tokyo. Aber so sehr ihn auch seine Werke zum Kosmopolit gemacht haben - enturzelt hat ihn sein weltweiter Erfolg nicht. Hajek, der 1927 im südböhmischen Kaltenbach als Sohn eines Landwirts geboren und der 1946 mit seiner Familie aus seiner Heimat vertrieben wurde, denkt auch heute noch in böhmischen Kategorien. Und weil er am eigenen Leib ertragen mußte, was Vertreibung und Verlust von Heimat heißt, gehörte er zu jenen, die sich schon früh für Versöhnung bei seinen eigenen sudetendeutschen Landsleuten und gegen die geschürte Stimmung für eine neuerliche Vertreibung engagiert hat. Da er einer von ihnen ist, hat sein Wort Autorität.

Hajek hat in Erlangen Abitur gemacht und von 1947 bis 1954 an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Stuttgart Bildhauerei studiert. Seitdem hat ihn die Universität nicht mehr losgelassen. Er wurde lehrender Künstler und wie es scheint, braucht er den Umgang mit den Studierenden mindestens so sehr, wie die Studierenden ihren Lehrer Hajek brauchen.

O. H. Hajek hat mit seiner Lebensfreude und Kreativität schon viele Studentengenerationen an den Kunstakademien, Kunstliebhaber und eben auch den "Normal-Bürger" begeistert. Es ist eine Begeisterung durch Teilhabe, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

(-/25. Juni 1992/rs/ks)
